



**Asamblea Parlamentaria Euro-Latinoamericana
Euro-Latin American Parliamentary Assembly
Assemblée Parlementaire Euro-Latino Américaine
Assembleia Parlamentar Euro-Latino-Americana
Parlamentarische Versammlung Europa-Lateinamerika**



**Erklärungen der Ko-Vorsitzenden der
Parlamentarischen Versammlung Europa-Lateinamerika (EuroLat)
zu einer umfassenden biregionalen Strategie der EU und der LAK-Länder
zur Abmilderung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie
vom 5. November 2020**

Die Ko-Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung Europa-Lateinamerika (EuroLat), der Präsident des Lateinamerikanischen Parlaments Jorge Pizarro und MdEP Javi López, stellen gemäß Artikel 18 der Geschäftsordnung der Versammlung und anlässlich der 13. ordentlichen Plenartagung der Versammlung vom 4. bis 5. November 2020 in Brüssel (Belgien) fest,

1. dass die COVID-19-Pandemie in den Ländern der Europäischen Union sowie Lateinamerikas und der Karibik etwa eine Million Todesopfer gefordert, beispiellose wirtschaftliche Verluste verursacht und sehr tiefgreifende negative Auswirkungen auf die Beschäftigung, Bildung, Gesundheit, Anstrengungen zur Überwindung von Armut und Ungleichheit und Lebensbedingungen unserer Bürger hat.
2. Sie betonen, dass unzulängliche Gesundheitsstrukturen in einigen Ländern bereits vor der Pandemie ein Faktor waren, durch den die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie verschärft wurden, was dazu geführt hat, dass dort Bedingungen herrschen, die der Ausbreitung der Pandemie förderlich sind, wovon die ohnehin schutzbedürftigen und wehrlosen Bevölkerungsgruppen besonders hart getroffen werden.
3. Sie betonen, dass die Stärkung der Demokratie, der Institutionen und der Rechtsstaatlichkeit sowie die Wahrung der Menschenrechte und des Friedens im Einklang mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung von entscheidender Bedeutung für die Erholung nach der Pandemie sein werden. Sie fordern, die Ursachen der Ungleichheit anzugehen, und betonen, dass Maßnahmen ergriffen werden müssen, um die soziale Eingliederung und die Gleichstellung durch den universellen Zugang zu Bildung, Lebensmitteln, Gesundheit und Chancen für alle sicherzustellen, da dies entscheidende Faktoren für die Bekämpfung der zunehmenden Fremdenfeindlichkeit und Stigmatisierung schutzbedürftiger Gruppen sind.
4. Sie bringen ihre Solidarität und Anteilnahme mit allen Opfern und deren Familien sowie mit all denjenigen zum Ausdruck, die von der durch die Pandemie

verursachten Krise des Gesundheitssystems, der Wirtschaft und der Gesellschaft betroffen sind. Sie bringen ihre Wertschätzung für die Angehörigen der Gesundheitsberufe und die staatlichen Sicherheitskräfte zum Ausdruck, für deren gemeinsame Anstrengungen zur Rettung von Menschenleben und zur Bekämpfung der Pandemie, sowie für diejenigen, die dafür sorgen, dass unsere Gesellschaften und grundlegenden Dienste auch weiterhin funktionieren. Sie betonen, wie wichtig öffentliche und universelle Gesundheitssysteme sind, um eine umfassende Reaktion auf diese Pandemie zu ermöglichen.

5. Sie betonen, dass die Krankheit keine Grenzen, Ideologien, Rassen oder sozialen Bedingungen kennt, wenngleich sie sicherlich ältere Menschen und Menschen mit Vorerkrankungen härter trifft, und dass wir die Pandemie nur bekämpfen können, wenn wir weltweit zusammenarbeiten und multilaterale und grenzübergreifende Lösungen im Geiste der Solidarität, Gleichheit und Gerechtigkeit fördern. Sie betonen ferner, dass zur Bewältigung der Herausforderungen, die sich aus der COVID-19-Pandemie ergeben, eine Strategie und eine enge multilaterale Abstimmung und Zusammenarbeit zwischen der gesamten internationalen Gemeinschaft, einschließlich der Stärkung des Systems der Vereinten Nationen und insbesondere der Weltgesundheitsorganisation (WHO), erforderlich sind. Sie fordern einen unabhängigen Prüfbericht über die von der WHO zur Bekämpfung der Pandemie ergriffenen Maßnahmen. Darüber hinaus halten sie es für unerlässlich, so bald wie möglich eine stärkere wirtschaftliche, handelspolitische und politische Integration in Lateinamerika zu erreichen, um das Gewicht und den Einfluss Lateinamerikas auf die Weltwirtschaft zu stärken und durch die Annahme gemeinsamer Normen und die gegenseitige Kontrolle einen besseren Schutz der Arbeitnehmer und der Umwelt zu erreichen. Sie betonten, dass die Menschen im Mittelpunkt der Pläne zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erholung und Wiederbelebung stehen sollten.
6. Sie sind der Ansicht, dass die EU sowie Lateinamerika und die Karibik einen entscheidenden Beitrag zu den internationalen Bemühungen zur Bewältigung der COVID-19-Krise und ihrer Folgen leisten müssen. Sie rufen daher die Regierungen in beiden Regionen, die EU-Organe und die für die Integration zuständigen Stellen Lateinamerikas auf, die biregionale Zusammenarbeit zu intensivieren und ihre Instrumente der bilateralen Kooperation in Bereichen wie Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe, Gesundheit, Wissenschaft, Forschung und Technologie sowie ihre Sozialprogramme, die den Austausch bewährter Verfahren und technische Hilfe umfassen, zu stärken, damit man die Auswirkungen der Pandemie abmildert, die Ungleichheit verringert und die öffentlichen Gesundheitssysteme stärkt.
7. Sie betonen, wie wichtig koordinierte bzw. gemeinsame Maßnahmen zur Bewältigung der dramatischen wirtschaftlichen, sozialen und psychologischen Folgen der Pandemie und zur Wiederbelebung unserer Volkswirtschaften sind. Sie begrüßen daher das EU-Paket für die globale Reaktion auf COVID-19 und die 20 Mrd. EUR, die für die Bekämpfung der Pandemie in Partnerdrittländern bereitgestellt wurden. Sie fordern ferner eine Aktualisierung der Verteilungskriterien für diese Zuweisung entsprechend den Auswirkungen der Pandemie. Sie begrüßen

ferner die Maßnahmen des Internationalen Währungsfonds (IWF) zur Bereitstellung von Finanzhilfe und zur Verringerung der Auslandsverschuldung der wegen der Bewältigung des Notstands infolge der Pandemie am stärksten gefährdeten Länder. Sie fordern daher, dass die Darlehenskapazität des IWF voll ausgeschöpft und die Laufzeit des Schuldenmoratoriums verlängert wird, damit die zweite COVID-19-Pandemiewelle bewältigt werden kann.

8. Sie betonen, wie wichtig es ist, die notwendigen Voraussetzungen und Regelungen sowohl für Unternehmen als auch für Haushalte zu schaffen, damit sie über ausreichende Liquidität verfügen und somit die Grundlagen für Konsum und Produktion gelegt werden, mit denen eine stabile und dauerhafte Erholung herbeigeführt und gefestigt werden kann. Sie betonen ferner, wie wichtig es ist, einen angemessenen haushaltspolitischen Spielraum zu schaffen, damit die Region über die notwendigen und ausreichenden Instrumente für die Wirtschaftspakete zur Eindämmung der Krise verfügt.
9. Sie fordern eine gemeinsame Agenda beider Regionen für den Wiederaufbau, beginnend mit der Vertiefung der regionalen Integration der lateinamerikanischen Märkte, der Umsetzung strategischer grenzüberschreitender Infrastrukturprojekte, der Vereinfachung und Harmonisierung der Vorschriften zur Erleichterung des Binnenhandels in der Region und der gegenseitigen Anerkennung beruflicher Befähigungsnachweise und Zulassungen. Sie betonen, wie wichtig es ist, die Digitalisierung voranzutreiben, damit eine bessere wirtschaftliche Integration und eine inklusive Wirtschaft gefördert werden, sodass ein angemessener Rechtsrahmen für den zweiten Bildungsweg eingerichtet wird und Anreize für Investitionen in die Gesellschaft und für eine wirkungsvolle und inklusive Wirtschaft geschaffen werden.
10. Sie fordern eine Zusammenarbeit, mit der eine offene, sichere und vernetzte digitale Welt sowie die digitale Inklusion aller Bürger erreicht und aufrechterhalten wird. Sie weisen darauf hin, dass die Pandemie die Chancen des digitalen Wandels, aber auch die Gefahren aufgezeigt hat, zurückgelassen zu werden. Sie sind der Auffassung, dass die Annahme internationaler Abkommen und die Festlegung von Standards und Normen erforderlich sein werden, damit die Chancen, die der digitale Wandel Bürgern, Unternehmen und öffentlichen Diensten bietet, voll ausgeschöpft und gleichzeitig die Grundrechte gewahrt werden. Sie sind ferner der Ansicht, dass der digitale Wandel alle Bürger zur Selbstbestimmung befähigen muss, weshalb die Lehrpläne unter Einbeziehung digitaler Kompetenzen zu aktualisieren und den Bürgern und insbesondere den Arbeitnehmern Instrumente an die Hand zu geben sind, mit denen man neue Kompetenzen erwerben und sein Wissen erweitern kann.
11. Sie sind der Auffassung, dass der Wiederaufbau in beiden Regionen zu einem echten Wandel unserer Volkswirtschaften und Gesellschaften führen muss, um sie nachhaltiger, widerstandsfähiger und gerechter zu machen, auch angesichts der Herausforderungen des Klimawandels. Sie betonen, wie wichtig staatliche Investitionen und Interventionen in Branchen sind, die sich in der Pandemie als strategisch wichtig erwiesen haben, wie etwa die Herstellung von Arzneimitteln und Medizinprodukten. Sie fordern Maßnahmen zur Umverteilung des Vermögens durch gerechte Steuersysteme und staatliche Maßnahmen, mit denen die sozialen Folgen

kurzfristiger Kürzungen der öffentlichen Haushalte und der mittel- und langfristigen Verschuldung durch Sozialausgaben verhindert werden.

12. Sie sind der Ansicht, dass Maßnahmen zur Förderung des ökologischen und digitalen Wandels von entscheidender Bedeutung sind, wenn es darum geht, die Wirtschaft wieder anzukurbeln, Arbeitsplätze zu schaffen, Modelle der Kreislaufwirtschaft und innovative neue Bildungssysteme zu fördern und unsere Gesellschaften in die Lage zu versetzen, gestärkt aus der Krise hervorzugehen. Sie betonen, dass die wirtschaftliche Erholung nach der Pandemie als Hebel genutzt werden muss, um den ökologischen Wandel und die Dekarbonisierung unserer Volkswirtschaften voranzutreiben.
13. Sie heben in diesem Zusammenhang die wichtige Rolle hervor, die internationale und regionale Finanzinstitutionen, darunter die Europäische Investitionsbank, die Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB), die Lateinamerikanische Entwicklungsbank der Kommission für Finanz- und Haushaltsfragen (CAF) und die Zentralamerikanische Bank für wirtschaftliche Integration (BCIE), bei der Finanzierung der Investitionen spielen müssen, die für die wirtschaftliche Erholung und die Wiederaufnahme der Produktion nach der Pandemie erforderlich sind. Sie empfehlen daher eine Kapitalerhöhung insbesondere bei der IDB und der CAF, damit sie über mehr Solvenz und Ressourcen verfügen. Sie fordern die EIB nachdrücklich auf, bei der Gewährung von Darlehen und Investitionen in Projekte unter Aufsicht demokratischer Institutionen wie des Europäischen Parlaments Kriterien für die soziale und ökologische Nachhaltigkeit einzuführen, die denen der Europäischen Kommission vergleichbar sind.
14. Sie bekräftigen ihr Eintreten für die Stabilität der Wirtschaft, den Handel und Investitionen in soziale Dienstleistungen und fordern die Regierungen und multilateralen Organisationen auf, alle erforderlichen Maßnahmen (einschließlich anhaltender steuerlicher Anreize) zu ergreifen, um das Vertrauen wiederherzustellen, ein nachhaltiges Wachstum wieder anzukurbeln und anzuregen sowie menschenwürdige Arbeitsplätze zu fairen Löhnen zu schützen und zu schaffen. Sie fordern ein gemeinsames politisches Vorgehen zur Bewältigung der durch die Pandemie vergrößerten politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme, damit es zu einer baldigen Erholung kommen kann. Sie verweisen dabei auf die Erleichterung des internationalen Handels, die Verhinderung einer Eskalation einseitiger Handelsmaßnahmen, die die wirtschaftliche Erholung gefährden, die Sicherstellung von Rahmenbedingungen für einen freien Handel und ungehinderte Investitionen, die mit den Zielen der nachhaltigen Entwicklung im Einklang stehen sowie fair, transparent, vorhersehbar und stabil sind und für Rechtssicherheit für Investitionen sorgen. Sie sind der Auffassung, dass man insbesondere die Handelspolitik mit den Zielen des Übereinkommens von Paris in Einklang bringen und von Maßnahmen absehen muss, mit denen der Handel mit lebensnotwendigen Gütern, insbesondere Arzneimitteln und Lebensmitteln, beschränkt wird.
15. Sie sind der Auffassung, dass eine nachhaltige Industrie- und Technologiepolitik (Nachhaltigkeitsziel Nr. 9) gefördert werden muss, einschließlich Maßnahmen zur Förderung eines emissionsarmen Wachstums, zur Umwandlung informeller

Beschäftigungsverhältnisse in menschenwürdige Arbeitsplätze, zur Förderung des Übergangs zu erneuerbaren Energien, zum Aufbau von Kapazitäten im Gesundheitswesen sowie im Bereich digitaler und grüner Technologien und zur Verringerung der Anfälligkeit für neue Krisen. Sie betonen, dass Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie die Zusammenarbeit mit Universitäten, Wissenschaftlern und dem Privatsektor von entscheidender Bedeutung für Resilienz und Erholung sind.

16. Sie betonen, wie wichtig es ist, natürliche Land- und Meeresökosysteme zu schützen, indem die biologische Vielfalt und stärker inklusive und nachhaltige land- und forstwirtschaftliche Systeme erhalten werden, die auf lokale Gemeinschaften und Erzeugnisse ausgerichtet sind, und bei denen das Recht der indigenen Völker auf ihr angestammtes Land geachtet wird. Sie betonen, wie wichtig es ist, die öffentliche Verwaltung von Gemeingütern wie Wasser zu beizubehalten und sicherzustellen, um den universellen Zugang zu ihnen zu gewährleisten.
17. Sie fordern nachdrücklich, dass die biregionale strategische Allianz der EU mit Lateinamerika und dem karibischen Raum wiederbelebt wird, damit sie nach der Pandemie zu einem wirksamen Instrument für die Erholung der Wirtschaft und Gesellschaft wird, deren Zustand sich durch die Pandemie weiter verschlechtert hat. Sie fordern eine Ministertagung EU-Lateinamerika/Karibik und themenbezogene Treffen von Ministern und hochrangigen Beamten zu Themen wie Gesundheit, Umwelt, digitale Agenda, Wirtschaft, Bevölkerungsentwicklung, Menschenrechte, Bildung und Entwicklungszusammenarbeit (und so bald wie möglich auf dem Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs selbst), damit so rasch wie möglich die Leitlinien und Programme für die biregionale Zusammenarbeit zur Bewältigung der Folgen der Pandemie festgelegt werden. In diesem Zusammenhang begrüßen sie das Angebot des deutschen Ratsvorsitzes, im Dezember 2020 in Berlin einen EU-LAK-Ministergipfel abzuhalten, und fordern weitere Kontakte und Tätigkeiten, damit der Gipfel zustande kommt.
18. Sie betonen, dass die Pandemie zwar die Menschen ohne Unterschied trifft, jedoch vor allem ältere Menschen, Menschen mit früheren und schweren Erkrankungen, die am stärksten gefährdeten Gruppen mit schlechterem Zugang zur Gesundheitsversorgung und Bildung, informell beschäftigte Arbeitnehmer, Frauen, Jugendliche, Kinder, Flüchtlinge, Bewohner abgelegener ländlicher Gebiete und indigene Bevölkerungsgruppen trifft, wobei die bereits zuvor bestehende Ungleichheit in ihrem Ausmaß offengelegt wird. Sie betonen, dass sich zunehmende Ungleichheit, Ausgrenzung und Diskriminierung im Zusammenhang mit der Pandemie negativ auf den Schutz der Menschenrechte und Fortschritte im Bereich der Demokratie auswirken. Sie betonen ferner, dass die Grenzkontrollpolitik zur Bekämpfung der Pandemie nicht auf Kosten des Genfer Abkommens von 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und das Recht auf Asyl gehen darf.
19. Sie weisen darauf hin, dass es neben der staatlichen Unterstützung von Arbeitnehmern und Familien, die von der Krise betroffen sind, daher von wesentlicher Bedeutung ist, ehrgeizige Maßnahmen zur sozialen Inklusion zu ergreifen, mit denen die Gesundheitssysteme, der Sozialstaat und die allgemeine

Bereitstellung von sozialem Schutz verstärkt werden. Sie fordern in diesem Zusammenhang weitere Anstrengungen, um den Zugang zu Bildung für Jungen und Mädchen sicherzustellen.

20. Sie erinnern daran, dass Frauen als Angehörige der Gesundheitsberufe und unbezahlte Pflegekräfte vorrangig von der COVID-19-Pandemie betroffen sind und dass die digitale Kluft, die Unterbeschäftigung und die Zahl von informell beschäftigten Frauen in Lateinamerika deutlich ausgeprägter sind als die der Männer und in einigen Ländern einen Anteil von 80 % erreichen, und dass Frauen daher aufgrund struktureller Ungleichheiten sehr viel akuter unter den Folgen der Pandemie leiden. Sie fordern die EU und die LAK-Länder auf, entsprechend spezifische Strategien zur Stärkung der Rolle der Frau und zur wirtschaftlichen Erholung, wozu der Zugang zu Krediten, Finanzdienstleistungen, Technologie, digitaler Teilhabe und neuen Märkten gehört, zu fördern, von einer Kürzung der bestehenden Mittel und Programme abzusehen und zusätzliche Mittel bereitzustellen, mit denen die Rechte von Frauen, Mädchen und LGBTI gewahrt werden und deren Bedürfnissen entsprochen wird.
21. Sie sind darüber besorgt, dass die COVID-19-Krise in einigen Ländern zu einer Nahrungsmittelkrise führen könnte, in denen die Schlangen der Hungernden zur Normalität geworden sind. Sie fordern die Regierungen auf, in Zusammenarbeit mit den einschlägigen internationalen Einrichtungen, vor allem der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), die Programme zur Ernährungssicherheit zu überprüfen und zu stärken. Sie fordern, dass solche Programme Mechanismen umfassen, die allen Menschen, die in Armut leben, die Mittel an die Hand geben, um ihren Grund- und Notbedarf zu decken, damit es ausreichende und nahrhafte Lebensmittel für alle gibt und die Lebensmittelversorgungsketten nicht zusammenbrechen. Sie weisen darauf hin, dass die Ernährungssicherheit ein Bereich von strategischer Bedeutung für die Bekämpfung der Folgen der Epidemie ist; Ebenso fordern sie das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) auf, Programme zu stärken, die den Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen wie Gesundheit, Bildung, Wasser und Sanitäreinrichtungen sicherstellen. Ferner fordern sie den Schutz der Kleinerzeuger und von kurzen Lieferketten sowie die Unterstützung der Verhandlungen über einen verbindlichen Vertrag der Vereinten Nationen über transnationale Unternehmen und andere Unternehmen in Bezug auf die Menschenrechte.
22. Sie betonen, dass die zur Bewältigung der Pandemie ergriffenen legalen Maßnahmen notwendig, verhältnismäßig und befristet sein und dabei stets die Menschenrechte und Grundfreiheiten geachtet werden müssen; Sie stellen fest, dass ein Ausnahmezustand oder eine Notlage nicht als Vorwand für repressive Maßnahmen dienen und nicht dazu genutzt werden darf, Bürger, insbesondere die Zivilgesellschaft, Menschenrechtsverteidiger, Journalisten oder politische Gegner, zum Schweigen zu bringen, den demokratischen Raum zu beschneiden oder die Grundfreiheiten und -rechte einzuschränken. Sie verurteilen in diesem Zusammenhang den Rückgriff auf Repressionsmaßnahmen und weisen darauf hin, dass es in der Verantwortung der Parlamente liegt, ihre Aufgabe der regelmäßigen

Prüfung und Kontrolle der von Regierungen ergriffenen Maßnahmen in vollem Maße zu übernehmen.

23. Sie fordern, dass jeder Mensch ohne Unterschied Zugang zu einem kostenlosen COVID-19-Coronavirus-Impfstoff bekommt, sobald es diesen gibt, und dass die weltweite Verteilung und Anwendung dieses Impfstoffs in der Verantwortung der Staaten und der einschlägigen internationalen Organisationen liegt, und betonen daher, wie wichtig es ist, Impfstrategien festzulegen. Ebenso betonen sie, dass die Bereitstellung aller Arten von Ausrüstung, die zur Bekämpfung von COVID-19 benötigt wird, weiterhin ermöglicht werden muss, indem einige unserer Lieferketten in kritischen Bereichen diversifiziert werden.
